

Gemeinde Mainhausen, Samstag, 16. Juni 2012

## **Ausreichende Fakten durch Machbarkeitsstudie aus 2007**

### **Ausreichende Fakten durch Machbarkeitsstudie aus 2007**

Disser: Fortschreibung kostet zusätzliches Geld

Das Thema Haushaltskonsolidierung und die Suche nach Einsparpotential beschäftigen die Gemeindeverwaltung und die Gemeindegremien schon mehrere Jahre, denn „wenn ein Fehlbetrag vorliegt, ist immer ein sogenanntes Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen, so auch zum Haushaltsplan 2012.

Aufgrund dessen erhielt der Gemeindevorstand durch die Gemeindevertretung, mit Beschluss vom 13. Dezember 2012, den Auftrag, „die Möglichkeiten für die Schließung einer Verwaltungsstelle (eines Rathauses), den Raumbedarf, mögliche Umbau- und Sanierungskosten, Verkaufserlös usw., zu prüfen und der Gemeindevertretung das Prüfungsergebnis vorzulegen“.

Eine ähnliche Diskussion stand schon 2007 auf der Tagesordnung. Seinerzeit ging es um die Frage, ob die Gemeinde Mainhausen das ehemalige Schulgebäude in Zellhausen übernimmt und welcher Nutzung das Gebäude zugeführt werden kann. „Mit dieser Machbarkeitsstudie sollte schon damals geklärt werden, ob die Verwaltungsstellen in Mainhausen zusammengefasst werden können und welche Kosten dadurch entstehen“, so Bürgermeisterin Ruth Disser, „wir konnten eindeutig feststellen, dass die finanziellen Mittel für die Übernahme und den Umbau des Gebäudes nicht vorhanden waren.

Nach Auffassung der Verwaltungschefin enthält die Studie alle notwendigen Fakten, lediglich der Teil zum ehemaligen Schulgebäude ist überholt. Im Weiteren hat sich die Ämterverteilung in der Verwaltung zwischenzeitlich verändert, was jedoch nur eine Feststellung des Ist-Standes war und bei der Überprüfung der möglichen Standorte keine maßgebliche Rolle spielt. „Wir gehen davon aus, dass die, den Gemeindevertretern nochmals überlassene, Studie zunächst für die Beratungen ausreicht“, so die Verwaltungschefin, „Für den Fall, dass diese Studie fortgeschrieben werden soll, müssen hierfür Kosten bereitgestellt werden, die im Haushaltsplan derzeit nicht vorgesehen sind.